

Protokoll des 21. bundesweiten Treffens des ABSP

am 17. November 2007, in Nordhausen (Thüringen)

Vorschlag Tagesordnung

1. Formalia (Begrüßung, Protokoll, Moderation)
2. Berichte und Einschätzungen der Aktivitäten um den 29.10.
3. Ideen und Vorschläge zu kommenden Aktivitäten und zur Orientierung des ABSP
4. Weitere Projekte
5. Aktuelles

Zu dieser Tagesordnung gab es Ergänzungen, die im Punkt „Aktuelles“ behandelt werden können: Solidaritätserklärung für die Lokführer, offener Brief aus Aschersleben.

1. Formalia

Vorschlag: Moderation Pia Witte und Thomas Mädler. Vorschlag angenommen.

Protokoll: Edgar Schu. Vorschlag angenommen.

Viele MitstreiterInnen konnten nicht pünktlich eintreffen und kamen mit gewisser Verspätung, andere ließen sich schon in den Tagen vor dem Treffen mit Bedauern entschuldigen (z.B. aus Gera), da der Warnstreik der Lokführer erst um 2:00 Uhr morgens desselben Tages beendet worden war und die Zugfahrpläne bis zur betreffenden Anreisezeit noch nicht wieder vollständig regelmäßig bedient sein würden.

Alle Anwesenden stellten sich in kurzer Vorstellungsrunde vor. Anwesend waren schließlich 23 MitstreiterInnen aus Aschersleben (IG Contra Sozialabbau), Bielefeld (Montagsdemo), Fürstenwalde (Bürgerbund Antihartz), Göttingen (Bündnis Montagsdemos), Halle (Saale) (ver.di, Radio Corax), Hamburg (eine Mitstreiterin des ver.di Landesbezirks und des Erwerbslosenausschusses Hamburg), Höxter (Soziales Zentrum Höxter, Kreisverband DIE LINKE.), Leipzig (BI Sozialticket Leipzig), Nordhausen (Nordhausen macht mobil gegen Agenda 2010, Montagsdemo, AG "Neue Linke"), Sondershausen (Initiative Sozialprotest).

Schon bei der Vorstellung und beim folgenden Punkt gab es Diskussionen, die allerdings keine einheitliche Position gebracht haben, z.B. hinsichtlich folgender beider Fragen:

Muss eine Systemalternative zum Kapitalismus gefordert werden?

Ist es besser, „Hartz IV muss weg!“ zu sagen, oder sollten Alternativen und kleine Schritte (kurzfristig, langfristig) auch genannt werden.

2. Berichte und Einschätzungen der Aktivitäten um den 29.10.

Um den 29. Oktober fanden in 37 Orten Aktivitäten unter dem Motto „Gegen den Aufschwung der Arbeit in Armut!“ statt.

Einige anwesende MitstreiterInnen berichteten:

- **Aschersleben:** Kartonmauer vor der ARGE. Demonstrativ. Es wurde darauf geachtet, dass BesucherInnen der ARGE diese betreten konnten. Es wurde unter anderem ein Flugblatt verteilt, welches die gesellschaftliche Isolation durch Hartz IV beschreibt, indem das Schicksal einer jungen Mutter aus Leipzig dargestellt ist, welche nur wenige Male im Monat ihre Eltern in der anderen Ecke der Stadt besuchen kann. Moderne „Reisefreiheit“. Mitstreiter aus Aschersleben meinte, dass es gut sei, dass wir den Herrschenden gezeigt haben, dass wir bundesweit gemeinsam als Netzwerk agieren können.
- **Leipzig:** Prekäre Beschäftigung wurde als Thema aufgegriffen, gemeinsam mit IG Metall und ver.di ein großer Infostand organisiert.
- **Höxter:** Am Aktionstag sollte eine Montagskundgebung stattfinden. Diese fiel aber aus, u.a. wegen des Wetters. 2 Wochen später aber von Höxter aus eine starke Beteiligung an „Kunststimmen gegen Armut“.

- **Halle (Saale):** Es gab eine sehr gut angenommene Flugblattverteilung auf dem Markt.
- **Göttingen:** Anlässlich des Aktionstages wurde das Thema prekäre Beschäftigung ergänzt, durch ein menschliches Hinterteil aus Pappmaché, symbolisch für den neuen Rekord: 122 Milliarden in Deutschland. Auf der Kundgebung in Göttingen wurde nicht nur von den drei Forderungen (10,30,500) gesprochen, sondern auch das Konzept einer Solidarischen Einfachsteuer vorgestellt, um die notwendige Einnahmenseite zu thematisieren und Reaktion der Passanten darauf zu sehen.
- **Bielefeld:** Am 29. Oktober gab es in Bielefeld keine Beteiligung an dem Aktionstag. Es gab aber wenige Tage vorher eine Beteiligung der Montagsdemo an einer Veranstaltung anlässlich 40. Todestag Che Guevaras. Organisatoren der Veranstaltung hatten Montagsdemo eingeladen, weil sie viel Respekt vor dem zähen Widerstand gegen Hartz IV haben.

Zum Schluss des Berichtsblocks wurde Edgar durch Thomas Mädler (Moderation) nach seinem Eindruck, aus der Perspektive des Vernetzungsbüros, gefragt. Edgar meinte, dass zwar in mindestens 37 Orten Beteiligungen an dem Aktionstag, von Norden nach Süden und von Westen nach Osten quer über die Bundesrepublik verteilt, stattgefunden haben. Aber einerseits seien die Inhalte nach seiner Einschätzung nicht neu und zündend gewesen, andererseits würden die AktivistInnen an vielen Orten sich inzwischen intensiv mit dem Aufbau von sozialen Zentren und Genossenschaften befassen, so dass zwar auf dem Gebiet der Sozialproteste sehr viel los sei, aber dies nicht in einer entsprechend überwältigenden Beteiligung an dem Aktionstag resultierte.

3. Ideen und Vorschläge zu kommenden Aktivitäten und zur Orientierung des ABSP

Pia schlägt als Moderatorin vor, **3 Ebenen voneinander zu unterscheiden.**

Im folgenden die Systematik (I., II., III.), ergänzt um die auf dem Treffen von allen Anwesenden zusammen getragenen Positionen:

I. Widerstand gegen die tägliche allgegenwärtige Repression

1. z.B. Aktionen wie Zahltag

II. Gesellschaftliche Veränderung

1. z.B. Genossenschaften und Vereine

III. Politische Arbeit

1. Programmatik mit den Punkten u.a.

a. Steuerpolitik

b. Privatisierung (auch Privatisierung der ARGE als brisantes Thema)

c. Hartz IV (Position und Strategie zu Kinderarmut)

e. Außenpolitik (Bundeswehr)

f. Außerdem notwendige Positionierungen zu:

- Bürgerarbeit/Prekäre Beschäftigung

- Rente

- Rechtsextremismus (angesichts des Versuchs der Rechten, mit der sozialen Frage zu Punkten)

An eine Sammelphase schloss sich eine längere Diskussionsphase an:

Es tauchten Fragen auf:

- Sollten wir uns überhaupt mit Steuerpolitik befassen.

- Sollten wir uns mit Außenpolitik (Krieg/Frieden) befassen.

Für beide Fragen einigte man sich auf „Ja“.

Weiterhin wurde daran erinnert, dass es wichtig sei, Ost- wie Westlöhne in gleicher Höhe zu fordern. Es gab keinen Widerspruch der Anwesenden zu diesem Punkt. Das ABSP erhebt seit langer Zeit die Forderung nach 10 EUR Mindestlohn (kein Unterschied Ost-West). Außerdem wurde angesprochen, dass auch für alle anderen Tarife eine Angleichung erreicht werden sollte.

Weiterhin wurde von den MitstreiterInnen aus Fürstenwalde angesprochen, dass es bei der Kampagne gegen Kinderarmut eigentlich um die Armut der Eltern gehe und die Thematisierung der Kinderarmut eine an die deutsche Öffentlichkeit angepasste, populistische Verpackung des Problems sei.

Auch die Frage, ob es richtig sei, statt einer entschlossenen Diskussion für das bedingungslose Grundeinkommen (bge) eine „Regelsatzerhöhung auf 500 EUR (repressionsfrei)“ zu fordern, wurde aufgeworfen, aber nicht erschöpfend geführt.

(Hierzu gibt es auf der Homepage des ABSP eine Seite, welche die Grundzüge der Forderungstriade vorstellt und so auch die bisherige Position zum Thema „Regelsatzerhöhung sofort - bge als Perspektive“ darstellt, mit welcher MitstreiterInnen des ABSP-Kokreises bisher nach außen aufgetreten sind: <http://www.die-soziale-bewegung.de/triade.html> , Anmerkung des Protokollanten)

Es wurden Anträge zum Beschluss gestellt:

Antrag 1: „Der Kokreis möge ein Papier für das ABSP formulieren, welches Positionen enthält zu a) Widerstand gegen die tägliche allgegenwärtige Repression, b) Gesellschaftliche Veränderung durch die Schaffung von Strukturen wie Genossenschaften und Vereine, und zu c) politischer Arbeit in Form einer Programmatik mit den Punkten Steuerpolitik, Privatisierung, Hartz IV/Kinderarmut/Kindergrundsicherung und Außenpolitik (Bundeswehr) sowie weiterhin Positionen zu den Punkten Bürgerarbeit/Prekäre Beschäftigung, Rente, Rechtsextremismus.“

Dieser Antrag wurde angenommen, bei 3 Enthaltungen.

Ein weiterer Antrag wurde zum Beschluss vorgeschlagen:

Antrag 2: „Der Kokreis möge an attac und ver.di herantreten, damit eine aktualisierte Fassung der Solidarischen Einfachsteuer formuliert wird, womit das ABSP politisch arbeiten kann.“

Antrag angenommen, mit einer Gegenstimme und ohne Enthaltungen.

Antrag 3: „Der Kokreis möge den Initiativen vor Ort Texte nicht in akademisch-„hochgestochener“, sondern in verständlicher Form zur Verfügung stellen.“

Antrag angenommen, ohne Gegenstimme und ohne Enthaltungen.

Global Action Day: Es wird am 26. Januar 2008 einen entsprechenden bundesweiten Aktionstag vieler Bewegungen geben. Der Kokreis soll nicht nur dafür sorgen, dass Personen aus dem Kokreis beim nächsten Vorbereitungstreffen in Berlin (?, 24./25. November 07?) dabei sind, sondern den Termin dem Netzwerk mitteilen.

2. Januar 08, auf www.hartzboykott.de ausgerufenen Aktionstag: Zwar gute Inhalte im Aufruf. Allgemeine Einschätzung bei den Anwesenden aber, dass es wohl nicht umsetzbar ist. Nach wie vor das Problem, dass 1-€-Jobber organisiert werden müssten, was sehr schwierig ist.

4. Weitere Projekte

Leipzig braucht ein Sozialticket: Dieses Projekt scheint tatsächlich eine wesentliche Verbesserung für alle betroffenen Menschen in Leipzig zu erreichen/ist kurz vor dem

Durchbruch. Pia kündigt an, dass es bald darüber einen Bericht geben wird, wie dieser Erfolg aufgebaut werden konnte. Dies könnte ein Teil einer gegenseitigen Unterstützung sein.

Höxter: Thomas weist darauf hin, dass **Beratungsstellen ein wichtiges Instrument** seien, welches den ARGE n Probleme mache. Er empfiehlt den Initiativen vor Ort, die Rechtsform eines e.V. zu wählen, weil so **ganz neue Spielräume für Bündnis-Politik** und die Möglichkeit, Spenden zu sammeln und von anderen Organisationen, wie Stiftungen, Spenden zu bekommen, eröffnet werden.

Nordhausen: Harald weist darauf hin, dass in Nordhausen sehr erfolgreich die Praxis angewendet werde, **Montagskundgebungen nicht nur in der Stadt** (Nordhausen) zu machen, sondern auch in die Vororte zu gehen. D.h. dort in den Tagen vorher per Aushänge ankündigen. Erfahrung sei: **Dort größere Teilnehmerzahlen als in der Stadt.**

Zahltag (Köln): Edgar (aus Göttingen) war zwar nicht dabei, hat aber schon viele Berichte darüber gelesen und sich von Leuten berichten lassen. Er sagt, dass die AktivistInnen in Köln mit zehntausend (!) Flugblättern an den ARGE n zum Zahltag mobilisiert haben. Im Oktober gab es ein zweitägiges Aktionscamp mit Essen, Trinken, Musik, Alg II-Beratung und kollektivem Begleitservice. So wurde es dann ungefähr gemacht.

„Zahltag“, weil zu Beginn des Monats sehr viele Leute ihren nicht oder nur teilweise überwiesenen Geldern der ARGE auf dem Amt hinterherlaufen.

So konnten ganz konkrete Ansprüche von vielen einzelnen Betroffenen durchgesetzt werden, die unter anderen Bedingungen auf einen langen Rechtsweg angewiesen gewesen wären. Inzwischen machen die Leute in Köln an jedem Monatsbeginn einen kleinen Zahltag, und es reicht schon die „Drohung“ aus, dass unten vor der Tür noch mehr Leute stünden, und "ob die noch hoch kommen müssten". Eine ganz einfache Begleitung des jeweiligen Empfängers reicht so aus, damit Gelder ausgezahlt werden - sofort und bar!. Die Leute aus Köln haben infolge des Zahltags in Köln ein Flugblatt mit einfachen Absätzen zu verschiedenen Themen (z.B. Hausbesuche, Polizei zu holen wird angedroht usw.) erstellt, welches sie dem Netzwerk als editierbares Dokument zur Verfügung gestellt haben (auf Homepage des ABSP), damit es jeweils an die lokalen Erfordernisse angepasst werden kann.

GDL-Streik: Der Kokreis des ABSP hat schon im Oktober ein Flugblatt „**Lohnzurückhaltung war gestern**“ zur Unterstützung des Lokführer-Streiks an den bundesweiten Verteiler versendet. Dies wird durch alle Anwesenden begrüßt. Dem Treffen liegt ein Solidaritätsaufruf von der Internet-Seite www.bahnstreik-soli.de vor.

Antrag wird gestellt:

Antrag 4: „Das ABSP möge den Solidaritätsaufruf von www.bahnstreik-soli.de unterstützen und der Kokreis möge beauftragt werden, wenn es die Gelegenheit gebe, weitere Aktivitäten gemeinsam mit Bündnispartnern in die Wege zu leiten, dies zu tun.“

Antrag ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Es wird angesprochen, dass die weißen Masken der „Überflüssigen“ die Leute, die sie tragen, gesichtslos machten. Nach Diskussion über diesen Punkt gewinnt allerdings die Position an Gewicht, dass die weißen Masken Ausdruck und „Markenzeichen“ der „Überflüssigen“ seien. Es sei künstlerische Freiheit der AktivistInnen.

Edgar Schu aus Göttingen macht seit Sommer 2005 in Göttingen das Vernetzungsbüro des ABSP. Seit August (Korrektur fürs Protokoll: Mai) 2007 ist er in das Programm „Bewegungsarbeiter“ der Bewegungsstiftung (<http://www.bewegungsstiftung.de>) aufgenommen und kann sich Paten, also Menschen, die monatlich Geld zur Verfügung stellen können, suchen. Derzeit stockt er zusätzlich zu den Paten-Geldern mit Alg II auf. Da

die Aufnahme in das Programm Bewegungsarbeiter nur über Umwege möglich war und nun abgeschlossen sei, stellt Edgar Schu den Antrag, dass die Versammlung ihn nun in seiner Tätigkeit bestätigen solle:

Antrag 5: „Das ABSP möge Edgar Schu als ‚Bewegungsarbeiter‘ im Programm Bewegungsarbeiter der Bewegungstiftung beauftragen.“

Antrag einstimmig angenommen.

Aus Aschersleben gibt es einen offenen Brief für das Treffen.

Die Anwesenden einigen sich darauf, dass **in Zukunft bis 3 Wochen vor dem nächsten bundesweiten Treffen Vorschläge von allen Initiativen an den KKKreis** gesendet werden sollen, damit so zum Vorschlag für die Tagesordnung von vielen Beiträge geleistet werden können.

Pressediskussion:

Es wird angesprochen, ob nicht das ABSP öfter mit Namen in der Presse erscheinen könne. Zur Antwort führt Edgar an, dass auch die KOS mit der Kampagne gegen Kinderarmut die Erfahrung gemacht habe, dass zwar das Thema in der Öffentlichkeit sehr stark geworden sei. Die KOS aber in der Öffentlichkeit dadurch keinen Namen gemacht habe. Was für die Erreichung des Ziels aber kaum Relevanz habe. Die Sichtweise, dass diese Beobachtung sowohl für die KOS als auch für das ABSP richtig sei, findet allgemeine Zustimmung.

Nächstes Treffen soll im Januar in Göttingen stattfinden (Konsens der Versammelten).

Protokoll: 22.11.07, Edgar Schu